

INHALT

Editorial

AKTUELLES

Vorstand der HDS e.V.

Was will die Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus?

Eine Erklärung 0

SCHWERPUNKT: EINWANDERUNG ZWISCHEN ABWEHR UND INTEGRATION

Wolfgang Thierse

Mehr kulturelles Selbstbewusstsein
wagen!

0

Detlef Lehnert

„Flüchtlingskrise“? Auch eine
intellektuelle und mediale
Argumentationskrise

0

Horst Heimann

„Flüchtlingspolitik“ in Europa:
Bankrotterklärung der politischen
Klasse! – auch der Intellektuellen!?

0

Klaus Faber

Integrationspolitik. Parteipolitische
Orientierung nach dem AfD-Vormarsch,
außenpolitische Bewegung
nach Obama

0

Gert Weisskirchen

Gelesen: Die OECD/EU Studie
zur Integration

0

Gero Neugebauer

Politische Kultur und Parteiensystem
in Deutschland im Zeichen von Flucht
und Vertreibung

0

Klaus-Jürgen Scherer

Politische Kultur in Bewegung.
Fünf Momentaufnahmen

0

DEBATTE UM DIE GERECHTE GESELLSCHAFT

Ralf Stegner

Die Zeit ist reif: Mehr Gerechtigkeit
wagen. Positionen der SPD
Schleswig-Holstein

0

Stefan Hradil

Zum politischen Stellenwert
sozialer Gerechtigkeit

0

Philipp Fink, Heinrich Tiemann

Wachsende Disparitäten in Deutsch-
land – Herausforderungen und
Aufgaben für die SPD. Einige politische
Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen
der FES-Berichts „Ungleiches
Deutschland: Sozioökonomische
Disparitätenbericht 2015“

0

Lisa Price

Der „Trickle Down Effekt“, ein Fahrstuhl
nur noch für Reiche, nach oben

0

Stefan Grönebaum

Mehr Resonanz oder einfach mal
auf die Putzfrau hören

0

Jan Turowski

Diskurs über Transformation – Trans-
formation als Diskurs: In welchem

Verhältnis stehen Transformations-
diskurse, die gesellschaftliche
Veränderungen abbilden und mit
solchen, die sie erzeugen? 0

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig

Ring frei zur dritten Runde der
Exzellenzinitiative 0

BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN

Max Reinhardt

Volkspartei SPD adé? Vom Verlust
politischer Repräsentation auf der
Ebene der Spitzenpolitik und seine
Auswirkungen auf die Länderebene 0

Helga Grebing

SPD-SED-Papier. Kein dritter Weg? 0

Arnim Pfahl-Traugher

War Rosa Luxemburg eine demo-
kratische Kommunistin bzw. Sozialistin?
Eine kritische Prüfung ihrer demo-
kratiethoretischen Verortung 0

Simon Obenhuber

Zur gegenwärtigen SPD-Misere.
Reflexionen zwischen Parteibetrieb
und Wissenschaft 0

Walter Reese-Schäfer
Nachruf auf Peter Lösche
(13.2.1939–9.3.2016) 0

REZENSIONEN

Dieter Flader

Rezension zu Barbara Stroschein:
Die gekränkte Gesellschaft 0

Bernd Rother

Rezension zu: Manfred Dammeyer:
Handschlag 0

Karsten Rudolph

Rezension zu: Matthias Dohmen:
Geraubte Träume, verlorene
Illusionen 0

Hagen Weiler

Rezension zu: Paul Singer: Effektiver
Altruismus. Eine Anleitung zum
ethischen Leben 0

Autorinnen/Autoren

0

EDITORIAL

Kriege und *failed states*. Perspektivlosigkeit, Hunger, Gewalt, Willkürherrschaft. Hoffnung auf ein besseres Leben: Millionen Menschen sind auf dem Weg in die Länder, von denen sie hoffen, dass es ihnen dort besser gehe als in ihrer Heimat. Viele sind nach Deutschland gekommen, nach Europa. Hier wird noch darum gestritten, warum auf einmal, im Herbst 2015, so viele kamen. Man gibt Angela Merkel die Schuld, sie habe die Flüchtlinge eingeladen. Aber war dies nicht absehbar gewesen? Es brauchte doch eigentlich keine besondere „Einladung“ mehr. Die Menschen waren längst unterwegs, in Jordanien hatten sich die Flüchtlingslager mit Millionen Geflüchteter angefüllt, im Mittelmeer ertranken Tausende. Doch in Deutschland und Europa hat bis in den Sommer 2015 hinein fast niemand reagiert. Darum haben wir eine besondere „Flüchtlingskrise“ – sie ist die Krise Europas. Es zeigt sich einmal mehr: Ein gemeinsames, friedliches und gemeinsam aktives Europa ist keine Selbstverständlichkeit, sondern, wie wir in unserem letzten Heft gezeigt haben, ein unerledigtes Projekt, eine schwierige Aufgabe. Und im Moment steht Europa ohne gemeinsames Konzept da, dabei müsste es genau jetzt stark sein.

Für eine gewisse „Verschnaufpause“ in Europa sind wir nun einen gefährlichen Pakt eingegangen. Die Türkei bekommt Geld dafür, nur die Flüchtlinge durchzulassen, die bei uns eine Chance auf Asyl haben. Gleichzeitig betont man, dass jeder eine Chance haben müsse einen Antrag zu stellen. In Wahrheit funktioniert bisher

weder das ein noch das andere; für die Menschen in Not ist das alles ein Katastrophe.

Die SPD macht bei all dem mit, denn es gibt auch den Teil von Wählern und Mitgliedern, die sich vor zu viel Fremdem ängstigen und sogar auf dem Absprung zur AfD sind. Nach den atemlosen Monaten kehrte tatsächlich etwas Ruhe ein und die Sozialdemokratie bemüht sich, das zu tun, was sie meint, am besten zu können: werkeln in den Mühen der Ebenen. Das passiert in der Außenpolitik notwendigerweise geräuschlos, ist aber deshalb auch wenig außenwirksam. Innenpolitisch überlässt man der CDU und CSU das Geschäft der Abschiebung, Abschottung und Abschreckung und konzentriert sich auf Arbeit, Soziales und Integration. Leider gelingt es der SPD dabei kaum, ihren eigentlich sehr weiten Begriff gesellschaftlicher Integration *aller* in der öffentlichen Debatte durchzusetzen. Sie scheitert immer wieder an dem falschen Spiel der Konservativen, die munter Einheimische und Fremde gegeneinander ausspielen.

Darum ist die Frage der Gerechtigkeit, jetzt in der Zustimmungskrise von der Parteispitze wiederentdeckt, so wichtig. Das Thema unserer Sommertagung in Malente 2015 ist so aktuell wie nie. Längst sind nämlich nicht alle (auch in der SPD) in dieser neuen Realität angekommen und hoffen noch «dass der Spuk bald vorüber sei» und man sein altes Leben zurückhaben könnte. Die Helfer kommen an die Grenzen, auch wenn die großen Ströme abreißen, denn nun folgt die harte Arbeit: Es geht nicht mehr nur um Ersthilfe, sondern um echte Integration. Wohnung finden,

Hortplatz, Ausbildung und Schule, Arbeit, Praktikum. Hier stoßen die Geflüchteten oft an eine „gläserne Decke“. Und während Mohammad noch Platz in einem der Integrationskurse sucht, die noch lange nicht in ausreichender Zahl stattfinden, wird ihm schon klar gesagt, was ihm droht, wenn er sich „nicht integriert“. Die Kommunen, besonders die Städte, japsen nach Luft und rufen um Hilfe. Hier ist der Kampf um Wohnungen, Schul- und Kindergartenplätze am schärfsten. Als „Lösung“ dafür fiel der Koalition die Wohnsitzauflage im neuen „Integrationsgesetz“ ein. Beschränkte Freizügigkeit ist für Bezieher von ALG II schon lange Realität. Gut ist das nicht und das Gesetz wird sich seinen Namen auch erst verdienen müssen.

Als der gerade verstorbene Rupert Neudeck 1979 mit der Cap Anamur Tausende „boat people“ vor dem Ertrinken rettete, warf er damit Fragen auf, die heute wieder relevant sind: Wer darf nach Deutschland kommen und auf welchen Wegen? Wie gehen wir mit dem „Anderssein“ um, wie mit verschiedenen Kulturen, Lebensweisen, Schulabschlüssen, Essensgewohnheiten? Sind die Zuwanderer alle religiös? Und wie viele Zuwanderer können wir aufnehmen? Rupert Neudeck sagte einmal, Politiker dürften sagen „Das Boot ist voll“, aber die Gesellschaft könne immer weit darüber hinausgehen. Wir mögen mit diesem zutiefst humanistisch engagierten Mann übereinstimmen, dass die Gesellschaft die Werte lebt und die Politik immer nur gesetzlich fassbare Rahmen dafür herstellt. Ohne einander können sie aber nicht, Politik und Gesellschaft, das ist unser Verständnis von lebendiger Demokratie.

Beunruhigend sind für uns deshalb die Verschiebungen im System der politischen

Parteien hin zur politischen Rechten und zu autoritären bis diktatorischen Strukturen. Sie werden häufig als Reaktion auf die Flüchtlingskrise gewertet, aber stimmt das wirklich? Ist die deutsche AfD tatsächlich so ein außergewöhnliches Problem, Frankreich kennt eine sich zwischen 15 und 25% bewegende Rechte seit Jahrzehnten, Victor Orban errang sein Amt bereits weit vor den großen Flüchtlingsströmen. In Österreich war es knapp, das Land ist fast 50:50 gespalten und die nun einkehrende Ruhe sollte niemanden dazu veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen. Diese Krise der Demokratie muss offen und ehrlich analysiert werden.

Doch der rechten Demagogie liegen auch Emotionen und Stimmungen zugrunde, die nicht nur als irrationale Ängste abgetan werden können. Von der Aufgabe „doppelter Integration“ spricht daher Wolfgang Thierse, dass auch die Einheimischen nicht fremd werden dürfen im eigenen Land. Daher darf neben der Stärkung von menschlicher Hilfe die Debatte über Flüchtlingspolitik, über die Regulierung von Einwanderung, über die Rolle des islamistischen Fundamentalismus, über das „Fordern“ neben dem „Fördern“ nicht den Rechten überlassen bleiben. Wir haben die humane Pflicht, uns um die Armen zu kümmern, wir können das aber nur, wenn wir ein reiches Land bleiben und ein gerechteres Land werden. Was das für die Zuwanderung und ihre Steuerung bedeutet, darüber wird zu streiten sein.

Neben diesen großen Themen greifen wir in diesem Heft eine alte Tradition auf und rücken endlich wieder näher an die Hochschulprobleme heran. In einem ersten Aufschlag wird die Exzellenzinitiative begutachtet, ein insgesamt ungewöhnlich

Editorial

ches sozialdemokratisches Kind, das nach Elite strebt. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn – fast vergessen – hat es in die Welt gesetzt. Wir sind auf die Reaktionen gespannt.

Man muss es eigentlich nicht extra betonen: Alle Autoren, natürlich auch wenn sie Mitglieder der HochschulinitiativeDS sind, sind für Ihre Beiträge selbst verantwortlich. Es gibt hier keine „Parteilinie“. Gerade die-

ses Heft der *perspektivends* enthält wieder eine ganze Reihe – allerdings begründeter – Zuspitzungen, über die sich trefflich streiten lässt.

Wir gedenken Mitgliedern der HDS, die in den letzten Monaten verstarben: Dr. Werner Wobbe, Prof. Dr. Peter Lösche, Peter Conradi und Hans Koschnik.

Kira Ludwig für die Redaktion